

INHALT

1. Denkmalschutzgesetznovelle wirft ihre Schatten voraus
2. CDU-Fraktion fordert Gottesbezug in der Verfassung
3. Kritik an FAG-Reform wächst
4. Regierung will Notengebung für Grundschüler abschaffen
5. FAK Innen und Recht trifft sich zur Klausur auf Pellworm
6. Fraktionsarbeitskreis zu Gast bei Kieler Sportvereinen
7. Regierung will Datenschützer Weichert weitere Amtszeit ermöglichen

14.02.2014

Denkmalschutzgesetznovelle wirft ihre Schatten voraus CDU-Fraktion warnt vor Folgen für Eigentümer



Fraktionschef Johannes Callsen

Die von Kulturministerin Anke Spoorendonk geplante Denkmalschutznovelle wirft ihre Schatten voraus. Wie stark Eigentümer von alten Gebäuden betroffen sein können, wurde in dieser Woche am Beispiel eines 300 Jahre alten Bauernhauses in der Elbmarsch deutlich. Nachdem dessen Unterschutzstellung öffentlich wurde, erhielt der Eigentümer von seiner Brandschutzversicherung die Kündigung. Von seinem Kreditinstitut kam die Nachricht, dass er keine neuen Kredite mehr erhalten würde.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen warnte vor diesem Hintergrund vor der durch die Landesregierung geplanten weiteren Verschärfung des Denkmalschutzes. „Aus diesem Entwurf spricht ein Obrigkeitsstaatsdenken, das nicht mehr in die Welt passt“, erklärte Callsen in Kiel.

Auf in denkmalgeschützten Gebäuden ansässige Betriebe kämen erhebliche Belastungen zu. So solle künftig die „Einschränkung wirtschaftlicher Nutzung“ sogar ins Grundbuch eingetragen werden.

Darüber hinaus wolle Spoorendonk die Genehmigungspflichten und Kontrollrechte ausweiten. Beispielsweise solle die Denkmalschutzbehörde künftig auch für die „Denkmalpflege“ Privatwohnungen betreten dürfen.

„Dann darf der Denkmalschützer klingeln und kontrollieren, ob der Dielenboden artgerecht gebohrt wurde“, so der CDU-Abgeordnete.

CDU-Fraktion fordert Gottesbezug in der Verfassung Debatte über die Aufnahme geht quer durch die Fraktionen

„Die Verfassung ist das Fundament unserer Gesetze und damit unserer Gesellschaft. Ich setze mich deshalb klar für einen Gottesbezug in unserer Verfassung ein“, sagte Kirchenpolitiker Daniel Günther (CDU) vergangenen Dienstag (11. Februar 2014) anlässlich der öffentlichen Diskussion über diese Frage. Auch persönlich sei ihm der Gottesbezug wichtig, weil er das christliche Fundament unseres Staatswesens betone und die Bedeutung des Christentums in der Gesellschaft hervorhebe.

Günther betonte, er verstehe den Gottesbezug nicht als Abgrenzung zu anderen Religionen und damit auch nicht als ausschließliche Betonung der christlich-jüdischen Wurzeln.

Der Vorsitzende der islamischen Religionsgemeinschaft, Fatih Mutlu, sprach sich gegenüber Medienvertretern ebenfalls für eine Aufnahme des Gottesbezuges in die Schleswig-Holsteinische Landesverfassung aus.

Derzeit laufen Gespräche über eine Änderung der Landesverfassung. Bei der Frage des Gottesbezuges gibt es in den Fraktionen erhebliche Meinungsunterschiede. Die Piraten und die FDP lehnen ihn entschieden ab, Grüne und SPD sind sich uneins. Eine Minderheit um den Präsidenten der Nordkirchen-Synode und Grünen-Abgeordneten, Andreas Tietze, ist für einen Gottesbezug, eine Mehrheit dagegen. In der SPD-Fraktion befürwortet eine Mehrheit um ihren Chef Ralf Stegner eine religiöse Formel.

Der CDU-Abgeordnete Daniel Günther bekräftigte, die von den Gegnern ins Feld geführte Trennung zwischen Staat und Kirche stünde einem Gottesbezug in der Landesverfassung keinesfalls entgegen. Vorbild für eine Formulierung in der Landesverfassung könnte beispielsweise der Gottesbezug des Grundgesetzes mit den Worten "im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen" sein.

Kritik an FAG-Reform wächst Nach der jüngsten Weiterentwicklung sind alle Kommunen unzufrieden

Nach dem Landkreistag und dem Gemeindetag haben in dieser Woche auch die vier großen Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster Kritik an den Reformplänen von Innenminister Breitner geäußert. In einer gemeinsamen Pressekonferenz am Donnerstag (13. Februar 2014) zeigten sie sich unzufrieden mit dem erneut geänderten Reformentwurf. Zum einen

bemängelten sie, dass ihnen der Innenminister die bereits in Aussicht gestellten Millionenbeiträge wieder wegnehme. Zum anderen äußerten sie auch Unmut über eine mangelnde Transparenz bei der Berechnung.

„Kein Wunder, dass jetzt auch die Städte Alarm schlagen. Der Innenminister hat es nun endgültig geschafft, dass alle kommunalen Gruppen unzufrieden sind“, äußerte sich die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Petra Nicolaisen. Sie forderte den Innenminister erneut zu einem Neustart bei der FAG-Reform auf.

Auch bei der aktuellen Änderung am Entwurf bleibe das Innenministerium die Antwort schuldig, auf welche Berechnungsgrundlage es seine Ergebnisse stütze. „Dies könnte daran liegen, dass es eine solche gar nicht gibt. Es ist zu vermuten, dass man erst die Zahlen ausgewürfelt hat und nun nachträglich versucht, eine Berechnungsgrundlage zu finden“, kritisierte Nicolaisen.

Nächste Woche wird sich der Landtag mit der umstrittenen Reform befassen. Die CDU-Fraktion hatte hierzu einen eigenen Antrag eingebracht, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden soll, die FAG-Reform neu zu starten.

Link zum Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1500/drucksache-18-1564.pdf>



Petra Nicolaisen, MdL

Regierung will Notengebung für Grundschüler abschaffen **CDU wirft SPD, Grünen und SSW Verunsicherung von Eltern und Kindern vor**

An schleswig-holsteinischen Schulen soll es künftig immer seltener Noten für die Schülerinnen und Schüler geben. Nach dem Willen der Landesregierung soll die Notengebung an Grundschulen komplett wegfallen.

„SPD, Grüne und SSW wollen den Eltern die für die Wahl der richtigen weiterführenden Schule unbedingt notwendigen Informationen über den Leistungsstand ihrer Kinder verweigern“, kommentierte die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen, die am heutigen Freitag öffentlich gewordenen Pläne der Landesregierung. Franzen warnte darüber hinaus vor einer weiteren Absenkung des Leistungsniveaus an den Schulen.

SPD, Grüne und SSW planen nach der Absenkung des Leistungsniveaus durch die Reduzierung der verlangten Durchschnittsnote für den Wechsel von der Gemeinschaftsschule auf die

Oberstufe von 2,4 auf 3,0 einen weiteren drastischen Einschnitt der Schulstandards. Noten seien für Eltern und Kinder eine unverzichtbare Hilfe zur Einschätzung des Leistungsstandes. „Das alles zeigt: SPD, Grünen und SSW senken das Niveau, um möglichst viele Kinder in die Oberstufe zu bringen. Dabei sind ihnen die Gymnasien offensichtlich im Weg“, so Franzen.

Alle Regierungsparteien hätten in ihren Programmen immer noch die eine Schulart für alle als bildungspolitisches Ziel stehen. Die Arbeitsgruppe „Bildung“ der SPD habe das „2-Wege-Modell zum Abitur“ noch im Dezember vergangenen Jahres ausdrücklich als Zwischenschritt bezeichnet. Die Abschaffung der Schulartempfehlung hätten SPD, Grüne und SSW bereits beschlossen. Nun folge der Verzicht auf Noten in der gesamten Grundschule.

Die Methode hinter den rot/grün/blauen Einzelmaßnahmen werde immer deutlicher: „Die Bildungspolitik von SPD, Grünen und SSW zielt als erstes auf eine Umerziehung der Eltern. Ich bin aber überzeugt, dass Eltern und Lehrer sich nicht für dumm verkaufen lassen. Die Schulkonferenzen werden an den Notenzeugnissen festhalten“, so Franzen.



Bildungsexpertin Heike Franzen

FAK Innen und Recht trifft sich zur Klausur auf Pellworm **Politische Schwerpunkte für das Jahr 2014 sind gesetzt**



Leuchtturm auf Pellworm

Der Fraktionsarbeitskreis Innen und Recht hat auf seiner diesjährigen Klausurtagung die politischen Schwerpunkte für das Jahr 2014 gesetzt.

Auf der Nordseeinsel Pellworm berieten die Abgeordneten über verschiedene landespolitische Themen. Neben dem kommunalen Finanzausgleich standen unter anderem die Zukunft der Landespolizei, der demografische Wandel und die Landesplanung auf der Agenda.

Zudem machten sich die Abgeordneten ein Bild von der Insel und von den Besonderheiten, welche die Insellage für die Gemeinde Pellworm mit sich bringt.

Die Vorsitzende des FAK, Petra Nicolaisen betonte im Anschluss an die Tagung, dass die Fraktion im Innen- und Rechtsbereich gut aufgestellt sei.

„Wir haben in diesem Jahr viele große Aufgaben vor uns. Es geht um die Zukunft der Kommunen. Es geht um die Zukunft der Polizei. Es geht um die Zukunft unseres Landes.“ so Nicolaisen.

Fraktionsarbeitskreis zu Gast bei Kieler Sportvereinen Sportstätten im Land brauchen dringend Verjüngungskur



Barbara Ostmeier, MdL

Die sportpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Barbara Ostmeier, hatte diese Woche Vertreterinnen und Vertreter der Kieler Sportvereine zu einem „Sportgespräch“ eingeladen. Mit dabei waren auch der Kieler Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion und Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters, Stefan Kruber, sowie der sportpolitische Sprecher, Michael Frey.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Herausforderungen und Chancen der Sportvereine und -verbände, die durch den demografischen Wandel entstehen. Auch der Sanierungsstau von Sportstätten und die Anerkennungskultur beim Ehrenamt waren wichtige Punkte des Gesprächs.

“Die Sportvereine und Fachverbände arbeiteten zu über 90 Prozent mit ehrenamtlich Tätigen. Zahlreiche Übungsleiter, Trainer, Betreuer sowie Schiedsrichter und Vorstandsmitglieder sorgen in unseren Vereinen dafür, dass die Kinder- und Jugendarbeit sowie der Trainings- und Wettkampfbetrieb funktioniert. Sich in seiner Freizeit für den Sport und den Verein zu engagieren, kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Ich zolle allen ehrenamtlich Tätigen meinen größten Respekt“, sagte Ostmeier den Vereinsvertretern.

Mehrere Vereinsvertreter betonten, dass die Sportstätten in der Kieler Landeshauptstadt in keinem besonders guten Zustand seien. Hier müsse noch viel mehr getan werden. Die CDU-Landtagsfraktion nahm dieses Problem zum Anlass, in einer Großen Anfrage nach dem Sanierungsbedarf der öffentlichen Sportstätten zu fragen.

„Wir wissen, dass die größte Anerkennung für jeden Ehrenamtler eine bedarfsgerechte, funktionale und saubere Sportstätte ist. Deshalb haben wir in einem ersten Aufschlag auch für den Haushalt 2014 insgesamt 2,5 Millionen Euro für Sanierungsmaßnahmen bei Sportstätten gefordert. Die SPD, die Grünen und der SSW hatten dies abgelehnt. Aber wir bleiben am Ball“, sicherte die CDU-Sportexpertin den Vereinsvertretern zu.

Link zur Großen Anfrage:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1176.pdf>

Regierung will Datenschützer Weichert weitere Amtszeit ermöglichen **„Lex Weichert“ sorgt für Diskussion**



Dr. Axel Bernstein, MdB

Bei der Einrichtung des unabhängigen Landesentrums für Datenschutz wurde die Amtszeit der Leitung auf zwei Perioden begrenzt. Durch eine Gesetzesänderung wollen die Regierungsfractionen von SPD, Grüne und SSW dem schleswig-holsteinischen Datenschützer Thilo Weichert nun eine weitere Amtszeit ermöglichen. Das geplante Gesetz sieht vor, diese Begrenzung auf zwei Amtsperioden abschaffen.

Der datenschutzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Dr. Axel Bernstein, hat das „Lex Weichert“ als „Kungelei“ bezeichnet. Dem Datenschutz in Schleswig-Holstein werde damit geschadet: „Seit Jahren hat Herr Weichert um eine Gesetzesänderung zu seinen Gunsten gebettelt. Die Grünen tun ihrem Parteifreund jetzt den Gefallen. Das ULD wird zum Selbstbedienungsladen“, erklärte Bernstein. Die bisherige Begrenzung auf zwei Amtsperioden – insgesamt zehn Jahre - diene der Unabhängigkeit des ULD.

Weicherts persönliche Geschichte mache besonders deutlich, weshalb diese Regelung sinnvoll sei. Nach zwei Amtszeiten sei für jeden erkennbar, dass ein Wechsel überfällig wäre. „In letzter Zeit ist das breite Spektrum des Datenschutzes zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung untergegangen. Weichert war nur noch mit Facebook beschäftigt. Dafür nahm er sogar den

Mittelstand im Land als Geisel. SPD, Grüne und SSW nehmen zur Versorgung eines Grünen Parteifreundes in Kauf, dass der Datenschutz dauerhaft auf Facebook reduziert wird“, so Bernstein.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de